



Inhalt

§ 1 Ziel der Richtlinie2

§ 2 Anwendungsbereich.....2

§ 3 Begriffsbestimmung2

§ 4 Grundsätzliches2

§ 5 Ziele der Geldanlage.....3

§ 6 Für die Geldanlage zur Verfügung stehende Zahlungsmittel3

§ 7 Die Sicherheit der Geldanlage4

§ 8 Streuung der Geldanlagen4

§ 9 Anlageklassen.....4

§ 10 Besondere Regel für kurzfristige Geldanlagen.....5

§ 11 Besondere Regeln für mittelfristige Geldanlagen5

§ 12 Besondere Regeln für langfristige Geldanlagen.....5

§ 13 Zuständigkeit für die Verwaltung der Geldanlagen6

§ 14 Überwachung der Geldanlage und Sicherstellung der Liquidität.....6

§ 15 Berichtspflichten.....6

§ 16 Inkrafttreten.....6

§ 1 Ziel der Richtlinie

Ziel der Richtlinie ist die Regelung der sicheren und ertragbringenden Anlage des kommunalen Vermögens. Mit Erlass dieser Richtlinie erfüllt die Stadt Wetzlar ihre Pflicht nach Nr. 13 des Erlasses¹ des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 29.5.2018 (StAnz. S. 787)².

§ 2 Anwendungsbereich

Diese Richtlinie regelt die Geldanlagen durch die Stadt Wetzlar sowie durch deren Eigenbetriebe. Die Richtlinie gilt nicht für die Eigen- und Beteiligungsgesellschaften, an denen die Stadt Wetzlar mehrheitlich beteiligt ist. Für diese gilt der Erlass des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 29.5.2018 (StAnz. S. 787)² unmittelbar. Für Gesellschaften, an denen die Stadt Wetzlar eine Minderheitsbeteiligung hält, gelten die Regelungen dieser Gesellschaft.

§ 3 Begriffsbestimmung

- (1) Geldanlagen im Sinne dieser Richtlinie sind alle Anlagen von Zahlungsmitteln bei Kreditinstituten. Keine Geldanlage im Sinne dieser Richtlinie ist die Weiterleitung flüssiger Mittel von der Stadt Wetzlar an ihre Mehrheitsbeteiligungen und umgekehrt (Cashpooling). Guthaben auf Konten, die dem laufenden Zahlungsverkehr dienen, namentlich Giro- und Postgirokonten, unterfallen nicht dem Begriff der Geldanlage.
- (2) Es wird zwischen folgenden Anlagezeiträumen der Geldanlagen unterschieden:
 - a) Kurzfristige Geldanlagen umfassen eine Laufzeit von bis zu einem Jahr.
 - b) Mittelfristige Geldanlagen umfassen eine Laufzeit von mehr als 1 und weniger als 5 Jahren.
 - c) Langfristige Geldanlagen umfassen eine Laufzeit von mehr als 5 Jahren.
- (3) Die Gesamtanlagesumme ist die Summe aller Geldanlagen der Stadt einschließlich der Eigenbetriebe. Bei der Berechnung der Gesamtanlagesumme bleiben die Guthaben auf den Girokonten sowie Tagesgeldkonten unberücksichtigt. Wird in dieser Richtlinie auf einen prozentualen Anteil an der Gesamtanlagesumme abgestellt, so bezieht sich dieser Anteil auf die Gesamtanlagesumme zum Zeitpunkt des letzten Berichts im Sinne des § 15.
- (4) Unter einem Ertrag im Sinne dieser Richtlinie ist auch die Vermeidung oder die Minimierung negativer Zinsen für die Geldanlage zu verstehen.

§ 4 Grundsätzliches

Folgende Regelungen gelten unabhängig von den Festlegungen dieser Richtlinie für alle Geldanlagen:

1. Die Gemeinde hat finanzielle Risiken zu vermeiden. Spekulative Finanzgeschäfte sind verboten (§ 92 Abs. 2 S. 2 und 3 HGO).

¹ Der Erlass soll vollständig in die Hinweise zur HGO übernommen werden.

² Zukünftig Hinweis Nr. 14 zu § 108 HGO.

2. Die Gemeinde hat ihre stetige Zahlungsfähigkeit sicherzustellen (§ 106 Abs. 1 HGO).
3. Die Gemeinde hat bei der Geldanlage auf eine ausreichende Sicherheit zu achten. Darüber hinaus sollen Geldanlagen einen angemessenen Ertrag bringen (§ 108 Abs. 2 S. 2 HGO).
4. Im Erlass vom 29.5.2018 stellt das Hessischen Ministerium des Innern und für Sport (StAnz S. 787) fest, dass Einlagen bei Privatbanken durch den Wegfall des freiwilligen Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken unsicherer geworden sind, aber nicht als spekulativ gelten und daher weiterhin zulässig sind.³
5. Die Kommunen haben durch eine bedarfsgerechte und vorausschauende Liquiditätsplanung zu gewährleisten, dass die angelegten Mittel bei Bedarf zur Verfügung stehen (Nr. 2 des Erlasses, StAnz. S. 787).⁴
6. Die Kommune bewirtschaftet die Geldanlagen in eigener Verantwortung. Bei längerfristigen und komplexen Anlagen soll sich die Kommune fachkundig beraten lassen. Die Beratung ist zu dokumentieren. Eine eigenverantwortliche Verwaltung durch Dritte ist ausgeschlossen (Nr. 5 des Erlasses, StAnz. S. 787).⁵
7. Geldanlagen sind nur in Euro zulässig (Nr. 6 des Erlasses, StAnz. S. 787)⁶
8. Eine Aufnahme von Fremdmitteln (Liquiditätskrediten oder Krediten) ist zur Geldanlage nicht zulässig (Nr. 7 des Erlasses, StAnz. S. 787).⁷
9. Die Verfügungsstellung flüssiger Mittel zwischen Kommunen stellt ein unzulässiges Bankgeschäft dar (Nr. 15 S. 1 des Erlasses, StAnz. S. 787)⁸ und ist nur innerhalb einer Kommune und nicht innerhalb einer anderen kommunalen Organisation (z. B. Zweckverband) zulässig.

§ 5 Ziele der Geldanlage

Ziele der Geldanlage der Stadt Wetzlar sind in dieser Reihenfolge:

1. Die Sicherung des Kapitalstocks,
2. die Sicherheit des wirtschaftlichen Ertrags sowie
3. die Angemessenheit des Ertrags.

§ 6 Für die Geldanlage zur Verfügung stehende Zahlungsmittel

- (1) Für die mittel- und langfristige Anlage stehen nur die Mittel zur Verfügung, die innerhalb des jeweiligen Anlagezeitraums weder für Deckung von Auszahlungen des Finanzhaushalts noch zur Bildung eines Liquiditätspuffers im Sinne des § 106 Abs. 1 S. 2 HGO benötigt werden. Dies schließt die Mittel der Versorgungsrücklage und das Kapital der unselbständigen örtlichen Stiftungen ein, wenn für diese keine abweichende Regelung gilt.
- (2) Für den Liquiditätspuffer gelten die Regelungen dieser Richtlinie entsprechend. Die Mittel des Liquiditätspuffers sind möglichst kurzfristig anzulegen.

³ Diese Regelung hat in den Hinweisen keine direkte Entsprechung. Die Zulässigkeit ergibt sich aber aus Hinweis Nr. 9 zu § 108 HGO.

⁴ Zukünftig Hinweis Nr. 12 zu § 108 HGO.

⁵ Zukünftig Hinweis Nr. 6 zu § 108 HGO.

⁶ Zukünftig Hinweis Nr. 7 zu § 108 HGO.

⁷ Zukünftig Hinweis Nr. 8 zu § 108 HGO

⁸ Zukünftig Hinweis Nr. 16 zu § 108 HGO.

§ 7 Die Sicherheit der Geldanlage

- (1) Bei jeglicher Geldanlage, ist ein Rating des Schuldners einzuholen. Dies gilt nicht für die Durchreichung von Zahlungsmitteln an Aufgabenträger der Stadt oder Fälle, in denen die Stadt als Kreditnehmer auftritt und den Kredit durchreicht (z.B. Förderung des Landes Hessen nach § 48 FAG z.B. für Altenpflegeeinrichtungen).
- (2) Eine Anlage bei einem Schuldner ist — vorbehaltlich der Regelungen der §§ 11 bis 13 nur zulässig, wenn das Rating des Schuldners mindestens **BBB-** (Standard & Poor's) bzw. Baa3 (Moody's), **BBB-** (Fitch) aufweist. Das Rating kann sich auf den Emittent selbst beziehen oder auf die Mutter des Emittenten.
- (3) Wenn das Kreditinstitut Mitglied der Sicherungseinrichtungen des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) oder des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) oder des Sparkassen und Giroverbandes Hessen Thüringen (SGVHT) ist, erfolgt die Bewertung auf Basis des Gruppenratings.
- (4) Unterliegt die Geldanlage keinem Einlagensicherungs- oder Institutsschutz, hat eine besonders sorgfältige Prüfung zu erfolgen.

§ 8 Streuung der Geldanlagen

- (1) Es ist auf eine angemessene Mischung und Streuung der Geldanlagen zu achten.
- (2) Die maximale Anlagesumme bei einem Anbieter (unabhängig von der Anlageklasse) darf in der Regel zehn Millionen Euro nicht übersteigen. Die Anlagen in Sondervermögen (Investmentfonds) dürfen abweichend von Satz 1 in Verbindung mit § 11 Abs. 1 bis zu fünf Millionen Euro betragen.
- (3) Sollte der höchste Zinssatz von einem Anbieter geboten werden, dessen höchstzulässiger Anteil an der Streuungsquote bereits überschritten ist, ist das wirtschaftlich an zweiter Stelle stehende Angebot zu prüfen.

§ 9 Anlageklassen

- (1) Die Geldanlage ist nur in folgende Produkte zulässig:
 - a) Einlagen (Tagesgeld, Festgeld, Termineinlagen sowie Sparbriefe)
 - b) Inhaberschuldverschreibungen (von öffentlichen Emittenten oder Kreditinstituten) und Namensschuldverschreibungen (von öffentlichen Emittenten oder Kreditinstituten)
 - c) Schuldscheindarlehen (von öffentlichen Emittenten oder Kreditinstituten)
 - d) Investmentfonds
- (2) Eine Geldanlage in die folgenden Produkte ist nicht zulässig:
 - a) Aktieneinzelwerte,
 - b) Fremdwährungsanlagen,
 - c) Wandel- und Optionsanleihen sowie strukturierte Produkte (z.B. Aktienanleihen),
 - d) Beteiligungen an geschlossenen Fonds,
 - e) Edelmetalle und sonstige Rohstoffe,
 - f) Genusscheine,
 - g) Nachrangdarlehen und Nachrangverbindlichkeiten,

- h) sonstige Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen sowie
- i) Kryptowährungen

Für die Anlage in Investmentfonds gilt Abs. 3.

- (3) Eine Anlage in Investmentfonds nach den §§ 11 und 12 dieser Richtlinie ist nur zulässig, wenn der Investmentfonds im Sinne des Investmentfondsgesetzes die nachfolgenden Bedingungen erfüllt. Die Investmentfonds dürfen:
 - a) nur von Investmentgesellschaften mit Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union verwaltet werden,
 - b) nur auf Euro lautende und von Emittenten mit Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union ausgegebene Investmentanteile,
 - c) nur Standardwerte in angemessener Streuung und Mischung,
 - d) keine Wandel- und Optionsanleihen und
 - e) höchstens 30 Prozent Anlagen in Aktien, Aktienfonds und offenen Immobilienfonds, bezogen auf den einzelnen Investmentfonds, enthalten.

§ 10 Besondere Regel für kurzfristige Geldanlagen

- (1) Soll eine ertragbringende Geldanlage aufgrund der Zinssituation nicht möglich sein, ist die Unterhaltung von Sichteinlagen auf Konten der Deutschen Bundesbank in Betracht zu ziehen.
- (2) Eine kurzfristige Geldanlage in Investmentfonds ist nicht zulässig.
- (3) Die Verwaltung der kurzfristigen Geldanlagen richtet sich nach § 13 Abs. 1.

§ 11 Besondere Regeln für mittelfristige Geldanlagen

- (1) Bei mittelfristigen Anlagen ist eine Anlage in Investmentfonds zulässig. Der Anteil der in Investmentfonds angelegten Mittel darf im Zeitpunkt der Anlageentscheidung 20 % der Gesamtanlagesumme nicht übersteigen.
- (2) Um das den Zielen nach § 5 am weitestgehend entsprechende Angebot zu erhalten, werden mindestens 2 Vergleichsangebote angefragt.
- (3) Die Verwaltung der mittelfristigen Geldanlagen richtet sich nach § 13 Abs. 2.

§ 12 Besondere Regeln für langfristige Geldanlagen

- (1) Bei langfristigen Anlagen ist eine Anlage in Investmentfonds zulässig. Der Anteil der in Investmentfonds angelegten Mittel darf im Zeitpunkt der Anlageentscheidung 20 % der Gesamtanlagesumme nicht übersteigen.
- (2) Um das den Zielen nach § 5 am weitestgehenden entsprechende Angebot zu erhalten, werden drei Vergleichsangebote angefragt.
- (3) Die Verwaltung der langfristigen Geldanlagen richtet sich nach § 13 Abs. 3.

§ 13 Zuständigkeit für die Verwaltung der Geldanlagen

(1) Zuständig für die Entscheidung über die kurzfristige Geldanlage ist der Kassenverwalter, beim Eigenbetrieb die Betriebsleitung im Einvernehmen mit dem Kassenverwalter.

(2) Zuständig für die Entscheidung über die mittelfristige Geldanlage ist der Stadtkämmerer, beim Eigenbetrieb die Betriebskommission im Einvernehmen mit dem Stadtkämmerer.

(3) Zuständig für die Entscheidung über die langfristige Geldanlage ist im Hinblick auf die Grundsatzentscheidung der Magistrat. Die konkrete Anlageentscheidung trifft der Stadtkämmerer. Beim Eigenbetrieb ist die Betriebskommission für die Grundsatzentscheidung der langfristigen Geldanlage zuständig. Die konkrete Anlageentscheidung trifft die Betriebsleitung im Einvernehmen mit dem Kassenverwalter.

(4) Bei mittel- oder langfristigen Geldanlagen von mehr als 10 Mio. Euro ist der Magistrat zu informieren.

§ 14 Überwachung der Geldanlage und Sicherstellung der Liquidität

(1) Die Geldanlagen werden vom Kassenverwalter bzw. von der Betriebsleitung kontinuierlich überwacht.

(2) Sollte das Bonitätsrating während des Zeitraums der Geldanlage unter den in § 7 genannten Mindeststandard dieser Richtlinie absinken oder besteht Liquiditätsbedarf (§ 106 Abs. 1 HGO), kann die Geldanlagen zum nächstmöglichen Zeitpunkt gekündigt werden oder am Sekundärmarkt verkauft werden, wenn dies wirtschaftlich vertretbar ist.

§ 15 Berichtspflichten

(1) Der Magistrat berichtet der Stadtverordnetenversammlung im Rahmen des Berichtswesens gem. § 28 GemHVO über den Stand der Geldanlagen und die Liquiditätsentwicklung. Die Betriebsleitung berichtet der Betriebskommission und dem Magistrat im Rahmen der Quartalsberichterstattung.

(2) Neue Geldanlagen sind im Bericht besonders zu berücksichtigen.

§ 16 Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt zum 01.01.2020 in Kraft. Sie gilt nicht für Geldanlagen die vor ihrem Inkrafttreten bereits bestanden. Diese Geldanlagen unterfallen dieser Richtlinie erst ab dem Zeitpunkt zu dem eine Entscheidung über die Prolongation ansteht.

Wetzlar, den

Wagner
Oberbürgermeister